



Brüssel, den 17.03.2024. Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte gegenüber der katholischen Tageszeitung „Die Tagespost“ aus Luxemburg, dass er große Bedenken gegenüber einer Zusammenarbeit der europäischen Parteifamilie EVP mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, ihrer Partei und der EKR-Fraktion im Europäischen Parlament hätte.

Konkret behauptete Juncker, dass dies einer Verharmlosung der extremen Rechten gleichkäme. Meloni hätte im Vorfeld der Wahlen in Italien offen radikale Ideen und Positionen artikuliert, die mit den Werten der Europäischen Volkspartei nicht vereinbar seien.

CSU-Politiker und EVP-Chef Manfred Weber hatte sich zuletzt hingegen offen für eine Annäherung an die FdI und die EKR-Fraktion gezeigt. Auch Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen schloss eine Zusammenarbeit nach den Europawahlen nicht aus, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben seien.

Lars Patrick Berg, Mitglied des Europäischen Parlaments, kommentierte:

„Nach den Europawahlen im Juni dieses Jahres könnte sich die historische Möglichkeit ergeben, eine konstruktive, bürgerliche Mehrheit im Europäischen Parlament bestehend aus Liberalen, EVP und EKR zu bilden, die ohne Stimmen aus dem linken Lager und vom rechten Rand auskommen könnte. Konservativen und Reformern würde sich dadurch die Möglichkeit bieten, die Zukunft der EU auch in Brüssel und Straßburg aktiv mitzugestalten und positiv zu prägen. Wichtige Reformen, hin zu weniger Bürokratie, weniger Zentralismus, schlankeren Verwaltungen, größerer Währungsstabilität und sicheren Außengrenzen wären möglich.“

Jean-Claude Juncker ist Vertreter eines entkernten Konservatismus, wie ihn auch Angela Merkel vertreten hat, der fortlaufend Inhalte und Rhetorik der Grünen übernimmt, um gesellschaftlich nicht anzuecken. In ganz Europa wenden die Wählerinnen und Wähler diesem Auslaufmodell den Rücken zu. Es ist daher erfreulich, dass die Führung der EVP einen anderen Weg wählt und sich zunehmend bereit zum Dialog zeigt.

Im Falle einer Zusammenarbeit der bürgerlichen Fraktionen würde Bündnis Deutschland als einzige Stimme Deutschlands in der EKR-Fraktion eine zentrale Rolle für den deutschen Konservatismus auf europäischer Ebene zukommen. Anders als Protestparteien wie die AfD oder das BSW könnte sich hier die Möglichkeit bieten, politische Veränderung mitzugestalten und notwendigen Reformen den Weg zu ebnen. Von zentraler Bedeutung wird aber auch sein, dass die EVP glaubwürdig erklärt, ideologische Projekte der Grünen wie das Verbrennerverbot und den geplanten Sanierungszwang nicht länger mitzutragen oder zu diskutieren.“